

ANTRAG

der Fraktionen der SPD, CDU, DIE LINKE, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

Solidarität mit Israel und jüdischem Leben – Antisemitismus und Antizionismus entschlossen entgegnet

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Am 9. November 2023 jährt sich die Reichspogromnacht zum 85. Mal. Am 9. November 1938 wurden in Deutschland hunderte Synagogen niedergebrannt und geschändet. An diesem Tag wurden Jüdinnen und Juden drangsaliert, verhaftet und ermordet. Damit wurden Entrechtung und Verfolgung von Jüdinnen und Juden im nationalsozialistischen Deutschland vorangetrieben, die zum Völkermord an sechs Millionen europäischen Jüdinnen und Juden als schrecklichem Höhepunkt führten. Die Verbrechen gegen die jüdische Bevölkerung im Nationalsozialismus sind der schlimmste Ausdruck von Antisemitismus in der Weltgeschichte.
2. Der Landtag gedenkt der Opfer der Reichspogromnacht, des Holocausts und aller weiteren Opfer des Nationalsozialismus. Die deutsche Geschichte des vergangenen Jahrhunderts hat gezeigt, wie viel Leid durch Hass und Gewalt erzeugt werden kann. Aus Verantwortung für die deutsche Geschichte dürfen wir das Geschehene nicht vergessen, müssen erinnern, mahnen und unseren nachfolgenden Generationen vermitteln, dass die jüdische Religion und jüdisches Leben selbstverständlich zu unserer Gesellschaft gehören.

3. Der Landtag verurteilt jede Form von Antisemitismus und Antizionismus und bekennt sich zur besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber dem demokratischen und jüdischen Staat Israel, dem wir in Freundschaft verbunden sind. Das Existenzrecht und die Sicherheit Israels sind für uns nicht verhandelbar.
4. Der Staat Israel ist seit den Morgenstunden des 7. Oktober 2023 einer Welle terroristischer Angriffe ausgesetzt wie nie zuvor in seiner 75-jährigen Geschichte. Der Landtag Mecklenburg-Vorpommern verurteilt diese unmenschlichen Gewaltakte und den Terror der Hamas gegen das Volk des Staates Israel auf das Schärfste und steht angesichts dieses furchtbaren Angriffes solidarisch und entschlossen an der Seite Israels und seiner Einwohnerinnen und Einwohner sowie aller Jüdinnen und Juden.
5. Die Hamas ist eine Terrororganisation mit dem Ziel, Massenmord an jüdischen Menschen zu begehen und den Staat Israel auszulöschen. Die Hamas sowie ihre Unterstützer, Helfer und Befürworter sind Feinde unserer demokratischen, weltoffenen und freien Lebensweise.
6. Der Landtag gedenkt mit großer Trauer der Opfer der jüngsten Terrorangriffe auf Israel und spricht den Hinterbliebenen und Opfern sein tiefes Mitgefühl aus. Der Anschlag und die danach andauernden Angriffe der Hamas und anderer Terrororganisationen haben aufgezeigt, dass jüdisches Leben jederzeit und überall Angriffen ausgesetzt sein kann.
7. Hinrichtungen und die Verschleppung unschuldiger Menschen sind durch nichts zu rechtfertigen. Es handelt sich nach internationalem Strafrecht um Kriegsverbrechen, um Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Angriffe auf Israel müssen umgehend beendet, die Zivilbevölkerung bestmöglich geschützt und alle Entführten umgehend freigelassen werden.
8. Der Landtag unterstützt alle Bemühungen der Bundesregierung, die auf die Freilassung der Geiseln, die Bereitstellung humanitärer Hilfen, die Schaffung humanitärer und sicherer Korridore sowie insgesamt auf die Verhinderung eines Flächenbrandes in der Region abzielen.
9. Die terroristischen und verbrecherischen Angriffe der radikalislamischen Terrororganisation Hamas sind durch nichts zu rechtfertigen oder zu relativieren. Die Verantwortung für diese Angriffe trägt einzig und allein die Hamas, die schon viel zu viel Leid über die Menschen in Israel und den palästinensischen Gebieten gebracht hat.
10. Der Landtag unterstützt alle Bemühungen der Bundesregierung mit dem Ziel, die wiederkehrende Gewalt zu beenden und den Menschen auf der israelischen und der palästinensischen Seite ein Leben in Sicherheit, Freiheit, Würde und mit gleichen Rechten zu ermöglichen.

11. Der Landtag verurteilt jeden Angriff auf Jüdinnen und Juden, die Symbole des Staates Israel und jüdische Einrichtungen in Mecklenburg-Vorpommern. Er erklärt sich solidarisch mit den Jüdinnen und Juden und ihren Einrichtungen im Land und steht fest an ihrer Seite. In den letzten Wochen gab es vermehrt Anschläge auf jüdische Einrichtungen oder Anfeindungen gegenüber jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern. Jüdisches Leben gehört untrennbar zu Mecklenburg-Vorpommern und kann sich unseres Schutzes sicher sein. Die Propaganda der Hamas hat in Mecklenburg-Vorpommern keinen Platz.
12. Antisemitismus und Antizionismus sind ein dunkler Teil deutscher sowie europäischer Geschichte und Gegenwart. Sie sind keinesfalls einer einzelnen Religion zuzuordnen. Der Landtag verurteilt jeden Versuch, die Taten der Hamas für antimuslimischen Rassismus zu missbrauchen.
13. Der Landtag wendet sich gegen jegliche Art von Diskriminierung, Hetze und Gewalt gegen unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Anerkennung und der Schutz von Menschenrechten ist wesentlicher Bestandteil unseres Grundgesetzes und gilt unabhängig von Herkunft, Religion oder Hautfarbe. Der Landtag erwartet von jeder Person, die sich in Deutschland aufhält, dass sie diese Werte und Grundrechte und damit auch den Schutz und die Akzeptanz jüdischen Lebens in Deutschland anerkennt und respektiert. Antisemitismus hat keinen Platz in Deutschland.
14. Der Landtag dankt den jüdischen Gemeinden Mecklenburg-Vorpommerns und ihrem Landesverband für das freundschaftliche Miteinander und das gegenseitige Vertrauen in der Zusammenarbeit. Jüdinnen und Juden in Deutschland und in Mecklenburg-Vorpommern sind ein wichtiger und bereichernder Bestandteil unserer Gesellschaft.
15. Der Landtag dankt dem Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus in Mecklenburg-Vorpommern für seine Arbeit. Diese leistet einen wichtigen Beitrag, um das jüdische Leben in Mecklenburg-Vorpommern zu würdigen, zu unterstützen und zu fördern und Antisemitismus insbesondere auch im Alltag zu bekämpfen.
16. Der Landtag bekräftigt des Weiteren seine Feststellungen und Forderungen, die er im Rahmen der Aussprache zum Jahrestag der Reichspogromnacht im vergangenen Jahr beschlossen hat (siehe Drucksache 8/1495).

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. weiterhin das wiederentstandene vielfältige jüdische Leben in Mecklenburg-Vorpommern und seine Institutionen zu schützen und zu fördern.
2. alles zu unternehmen, dass antisemitische Hass- und Gewaltverbrechen sowie die Unterstützung der menschenverachtenden Angriffe palästinensischer Terroristen wie der Hamas und ihrer Unterstützungsorganisationen rechtsstaatlich und entschlossen unterbunden und strafrechtlich verfolgt werden können, und sich auch in Zukunft mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates Antisemitismus entschieden entgegenzustellen.
3. mit der Bundesregierung über Hilfsangebote zur Unterstützung des Staates Israel zu beraten. Den zuständigen Ausschüssen ist über relevante Zwischenergebnisse Bericht zu erstatten.
4. dafür Sorge zu tragen, keinerlei Fördermittel an Verbände, Vereine und andere Arten von Organisationen zu zahlen, die das Existenzrecht des Staates Israel infrage gestellt haben oder infrage stellen oder die den islamistischen Terror verherrlichen oder billigen.
5. sich für ein schnellstmögliches Verbot der islamistischen Terrororganisation „Hamas“, des Netzwerkes „Samidoun“, der terroristischen palästinensischen Organisation „PFLP“ und all ihrer Stellvertreterorganisationen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland einzusetzen.
6. in der Aus- und Fortbildung von Staatsbediensteten das Erkennen und den Umgang mit Antisemitismus und Antizionismus weiterhin zu stärken.

Julian Barlen und Fraktion

Franz-Robert Liskow und Fraktion

Jeannine Rösler und Fraktion

Dr. Harald Terpe und Fraktion

René Domke und Fraktion